

Lübeck, 25.01.2016

Antrag

Bearbeitung: Sina Peisker (E-Mail: sina.peisker@luebeck.de Telefon: 122-2372)

DIE LINKE. Austauschblatt zu VO/2016/03322 Verbesserung von Unterbringung der Flüchtlinge

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
28.01.2016	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

- 1) In allen Unterkünften für Geflüchtete in der Hansestadt Lübeck können zukünftig bei Bedarf Taxischeine für Fahrten zum Arzt direkt vor Ort, und nicht mehr wie bisher nur im Verwaltungszentrum, ausgegeben werden.
- 2) Die Verweildauer in Unterkünften, in denen keine geschlossenen Räume zur Verfügung stehen, wie z.B. im Praktikermarkt, darf nicht länger als vier Wochen dauern.
- 3) Es werden keine Familien mit Kindern bis zu 6 Jahren im Praktikermarkt untergebracht.
- 4) Generell werden Kleinstkinder nicht in Unterkünften ohne geschlossene Räume untergebracht.
- 5) Pro Unterkunft wird mindestens eine übertragbare Monatskarte für den ÖPNV bereit gestellt.
- 6) Es wird umgehend eine Ombudsfrau bzw. ein Ombudsmann und ein Beschwerdemanagement für die Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinschaftsunterkünfte eingerichtet.
- 7) Alle Menschen auf der Flucht, die in der Hansestadt Lübeck Obhut finden, haben freie Wahl ihrer Verpflegung. Eine verpflichtende Abnahme von Verpflegung gibt es zukünftig nicht mehr.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Anlagen :

Vorsitzende/r
der Fraktion Die Linke

